

Sparkonzept mit beschränkter Haftung

Mittlerweile pfeifen es die Spatzen von Bambergs Dächern: Die Stadt steckt in einer schlimmen Finanzmisere. Seit 2000 werden die jährlichen Etats von der Regierung von Oberfranken nur noch gegen Auflagen genehmigt. Die Stadt hat deshalb ein so genanntes Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeitet, das die Ausgaben verringern und aus der Verschuldungsspirale heraus führen soll. Nur: Der beste Sparplan nutzt nichts, wenn es den politisch Verantwortlichen an Disziplin fehlt.

Am ehesten erreichen noch die städtischen Bediensteten das ihnen zwangsweise auferlegte Ziel, 5 % der Personalausgaben innerhalb von drei Jahren einzusparen. Ein Lob an dieser Stelle an viele Beschäftigten, die bei geringerem Personaleinsatz erheblich mehr leisten müssen.

Im Stadtrat hingegen ist es um die Sparmoral weniger gut bestellt. Immer mehr Ausnahmen und Sonderwünsche, die eher wählerwirksame Publicity als verantwortungsvolles Haushalten widerspiegeln (siehe Kästen), leisten sich die politisch Verantwortlichen.

Doch damit ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Für das neue Museumsmagazin müssen künftig jährlich mindestens 20.000 Euro bereit gestellt werden, für die neue Stadtbücherei mindestens 250.000 Euro. Wenn von dem künftig zu erwartenden Defizit der Bamberger Symphoniker die Stadt weiterhin 10% tragen soll, so sind das jährlich weitere 350.000 Euro. Das Theater wird nach dem Umbau sein jetziges Budget von 2 Mio Euro nicht halten können – ein jährlicher Mehrbedarf von 200.000 Euro ist im Gespräch.

Von der Stadtratsmehrheit wurde ein Parkleitsystem be-

schlossen und im Wahlkampf vollmundige Versprechungen auf den Bau der Kronacher Straße gemacht. Eine Bahnsteigunterführung mit Parkplatz östlich der Bahnlinie und ein neuer Schiffsanlegesteg stehen ebenfalls noch auf dem Wunschzettel. Wie die Stadt dann noch alljährlich ca. 500.000 bis 1 Mio Euro zurücklegen will, um 2010 die geplante Landesgartenschau zu finanzieren, ist wohl jedem vernünftig Rechnenden ein Rätsel.

Zur Klarstellung: Auch die GAL hält viele dieser Ausgaben für gerechtfertigt. Aber mit der eben beschriebenen fröhlich-lockeren Großzügigkeit, mal für dieses, mal für jenes Projekt, verhält sich die Stadtratsmehr-

heit, als könne sie mit Geld um sich werfen – und das ist schlichtweg verantwortungslos. Was die politisch Verantwortlichen erarbeiten müssten (und die GAL seit langem fordert), ist eine Prioritätenliste, auf der alle wünschenswerten Projekte in eine klare Rangfolge gebracht werden. Je nach dem aktuellen finanziellen Spielraum könnten diese Projekte dann in der vorgegebenen Reihenfolge verwirklicht werden.

Aber das würde allen Stadträtinnen klare politische Entscheidungen für und auch gegen die einzelnen Vorhaben abverlangen. Für eine solche klare, aber eben wenig publikumswirksame Politik fehlte bisher der Mut.

Diese Mehrausgaben im Vergleich zu 2001 (in Euro) hat die Stadtratsmehrheit beschlossen und überschreitet damit die Grenzen des Haushaltskonsolidierungskonzepts:

Straßenunterhalt	143.000	Stadtplanungsbeirat	75.000
Winterdienst	39.600	Arbeitsgemeinschaft Bamberg-Forchheim	25.600
Magazin Historisches Museum	44.000	Landesausstellung Heinrich II	85.000
Zuschuss Bamberger Symphoniker	66.300	Betriebszuschuss Nervenklinik	270.000
Budget Theater	50.000	Zuschuss Nordbayer. Musikbund	30.000
Budget Musikschule	14.000	Stadtbücherei	180.000
Budget Volkshochschule	12.000		

RATHAUSMA 99Z IN

Sportlicher Regelverstoß

Der Sport hat seine eigenen Gesetzmäßigkeiten. Da muss nicht unbedingt der Sieger sein, wer sich am geradlinigsten an vorgegebene Regeln hält. Bestes Beispiel: SPD-Stadtrat und lokaler Sportvereins-Lobbyist Ewald Mehringer.

Am 19. Dezember 2002 beschloss der Stadtrat (inklusive der Stimme von Mehringer), wegen der städtischen Finanzmisere sämtliche freiwilligen Leistungen (also auch für Sportvereine) bis Ende September zu sperren.

Keine drei Wochen später aber schmeckte Mehringer diese neue Spielregel offenbar nicht mehr. Er stellte zur Freude aller Sportvereine den Antrag: „Die Investitionszuschüsse für Bamberger Sportvereine werden sofort freigegeben.“

Der Schaufensterantrag wurde vom Finanz- und Wirtschaftssenat erwartungsgemäß abgelehnt. Aber was soll's?! Mehringer erntete eine gute Presse, bestimmt vielfaches Schulterklopfen bei seinen SportsfreundInnen und sicher

auch einige Stimmen bei der bald darauf folgenden Kommunalwahl. Da gehört so ein kleiner Regelverstoß eben zum Sport-Polit-Geschäft.

Ein bisschen daneben gerechnet...

Welchen Beruf würden Sie jemandem zutrauen, der weder schwimmen, rudern noch ein Schiff steuern kann? Kapitän? – Und an welcher Position würden Sie jemandem vermuten, der des Rechnens, Bauens und Städteplanens unkundig ist? Ja, richtig – an der Spitze des Baureferats der Stadt Bamberg.

Die Glanzleistung seiner beruflichen Fähigkeiten lieferte Baureferent Otmar Strauß jüngst bei der Nördlichen Promenade.

Aufgrund umfangreicher Kanalarbeiten hatte die Stadt beschlossen, den Platz komplett neu und ansprechender zu gestalten. Erwartete Kosten für die Stadt – laut Strauß (Oktober 1999): 250.000 DM. Denn den größten Teil der Kosten, so Strauß, habe ohnehin der für Kanalbau zuständige Entsor-

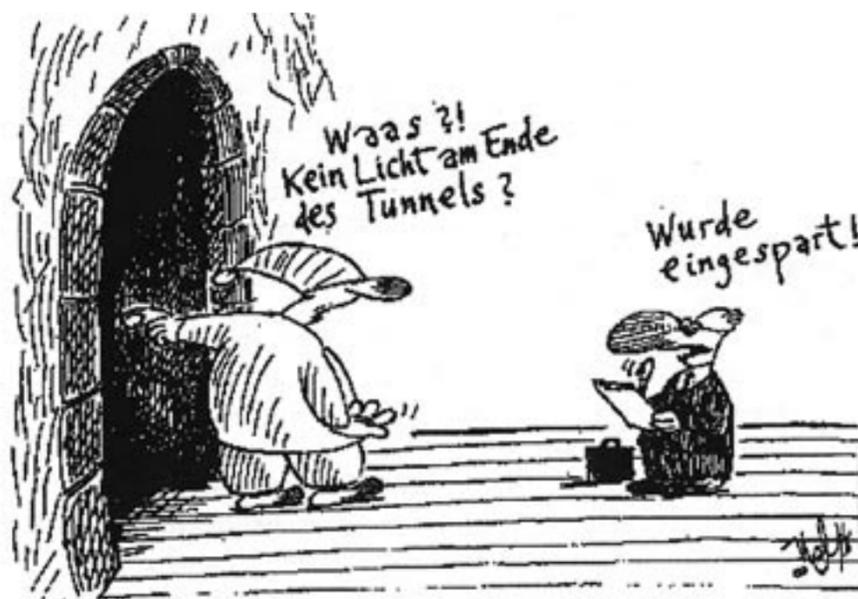
gungs- und Baubetrieb zu schultern (Finanzierung gesichert). Die Stadt müsse lediglich das finanzieren, was sie sich an zusätzlichen Gestaltungsmaßnahmen leisten will, z.B. Spielplatz, Bänke etc.

Fröhlich fing man an und buddelte munter drauf los. Bis im März 2002 der Baureferent gegenüber dem Stadtrat zugeben musste, dass er sich doch ein bisschen verrechnet hatte. Der aus dem Stadtsäckel zu zahlende Anteil belief sich nun doch auf 1.850.000 DM – ein kleiner Planungs- und Rechenfehler um rund 700% – kann ja mal vorkommen.

Sprüch ausm Stadtrat:

Andreas Starke (SPD-Stadtrat und Rechtsanwalt):
„In jedem Menschen steckt ein Prozess.“

Peter Neller (CSU) bei der Diskussion, ob die Verwaltung mehr Kompetenzen haben soll:
„Der Verwaltung kann man nicht trauen.“



GALiges

Steter Jammer höhlt den Geist

Was? Sie wissen es noch nicht? Dass Bamberg ein strategischer Stützpunkt der Opposition ist – im bundesweiten Wahlkampf um die Bundestagswahl? Und dass im Zentrum der Strategie ein Bamberger steht: unser aller Oberbürgermeister? Die Strategie läuft intern unter der Bezeichnung „WdL“ (Wählerzermürbung durch Lamentieren). Und in einer für ihn wie maßgeschneiderten Aufgabe kann Herbert Lauer seine Qualitäten so richtig unter Beweis stellen. Er fungiert als kleiner fränkischer Gefährte des bayerischen Truppenführers Edmund und kämpft tapfer an der Heimatfront des Jammers.

Seine Stärke sind miese Stimmung, lamentierende Reden und jammervolles Schwadronieren über die schlechten städtischen Finanzen und die „skandalöse“ Steuerpolitik von Rot-Grün. Seine Einsätze hat er im lokalen Rundfunk und in der Presse, aber auch bei Stadtratssitzungen, Som-

merfesten und Johannisfeuern. Sein Grundsatz ist: „Steter Jammer höhlt den Geist.“ Kämpfer Herbert ist immer und überall. Und er jammert immer und überall.

So sehr konzentriert sich der Oberbürgermeister auf seine strategische Rolle, dass er fast nicht mehr zum Regieren kommt. Doch voll Furcht start er jetzt auf den Wahltag am 22. September, an dem sich alles entscheidet. Denn er hat erkannt: Was, wenn die Strategie Erfolg hat? Wenn zur Überraschung aller am Ende Edmund mit seinen schwarz-gelben Mannen als Sieger aus der Schlacht gegen Gerhard und die Rot-Grünen hervorgeht? Würde das heißen, dass Herbert aufgehört muss, zu jammern? Nicht auszudenken!

Dann soll doch lieber Edmund in Bayern bleiben, damit auch Herbert weiter jammern kann: professionell, beharrlich und unübertrefflich wie immer.

Gastkommentar

Christian Ascherl

Beschäftigte an Reform beteiligen

Die Stadt Bamberg plant, ab dem 1. Januar 2003 die städtischen Einrichtungen Klinikum, Nervenklinik St. Getreu sowie die Altenheime Antonistift und Bürgerspital unter dem Dach einer neu zu gründenden Stiftung zusammen zu legen.

Die größte Sorge der dort Beschäftigten ist u.a., nicht zu wissen, was der Arbeitgeber (Stadt Bamberg) konkret mit der Stiftungsgründung beabsichtigt und was mit dem dort beschäftigten Personal geschehen soll.

Wie schon in der Vergangenheit ist auch diesmal wieder zu erkennen, dass die Informationspolitik der Stadt Bamberg gegenüber den Beschäftigten mangelhaft bzw. ungenügend ist. Statt die Personalvertretungen der Einrichtungen rechtzeitig mit einzubinden, um auch, wie es von Gesetzes wegen verlangt wird, gestalterisch an dem Vorhaben mitzuwirken, hat man die verantwortlichen Personalaräte letztendlich nach Verabschiedung eines konkreten Fahrplanes vor vollendete Tatsachen gestellt.

Genau hier ist Kritik anzusetzen, denn auch die Beschäftigten erwarten vom Arbeitgeber, dass sie möglichst frühzeitig und umfassend über das, was in den Einrichtungen mit ihnen geschehen soll, informiert werden. Man muss sich deshalb auch nicht wundern, dass Befürchtungen ausgesprochen werden, dass sich mittelfristig womöglich eine Stiftungsgründung zumindest für Teile der Beschäftigten negativ auswirken wird.

Im Vorfeld zu den Kommunalwahlen hat die Gewerkschaft ver.di an alle politischen Fraktionen der Stadt Bamberg sog. Wahlprüfsteine geschickt, um deren Position zu einer bevorstehenden Rechtsformänderung zu erfahren. Die Gewerkschaft ver.di begrüßt hier vor allen Dingen, dass einige der befragten Parteien, u.a. die SPD und die GAL, die Meinung vertreten haben, dass die Gewerkschaft ver.di bei einer Rechtsformänderung mit eingebunden werden muss.

Wir fordern deshalb die Verantwortlichen an einen runden Tisch, um mit uns per Tarifvertrag die Übergangsbedingungen der Beschäftigten zu regeln.

Auch wir vertreten die Meinung, dass eine gute Gesundheitsversorgung nur mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal möglich ist. In den Kliniken kann dies nur geschehen, wenn die Beschäftigten vernünftige Arbeits- und Einkommensbedingungen vorfinden. Um dies sicherzustellen, muss mit der Gewerkschaft ver.di ein Personalüberleitungstarifvertrag ausgehandelt werden.



Christian Ascherl ist stellvertretender Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di im Bezirk Oberfranken-West und Fachbereichssekretär für Gesundheitswesen